

1. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Reichstags stand die Wahl des Präsidiums. Der Alterspräsident Kieffert eröffnete die Sitzung. Der Abg. Ebbe wurde mit 397 von 430 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Ebbe nahm die Wahl an, und dankte in längeren Ausführungen für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Zum ersten Vizepräsidenten ist Titimann von den Unabhängigen gewählt worden mit 228 Stimmen und als zweiter Vizepräsident Dr. Peß vom Centrum mit 358 Stimmen. Der Abgeordnete Lebebour verlangt, daß die gegen den unabhängigen Abgeordneten Mittwoch verhängte Gefängnisstrafe während der Dauer der Sitzung aufgehoben werde. Der Antrag wird einer Kommission überwiesen.

Berlin, 27. Juni. Nach kommunisistischer Betriebsabteilung grüßter Arbeiterkampagnen in verschiedenen Theilen des Reichs gingen diesen Tage mehrfach Nachrichten durch die Blätter. Gemauerte Befestigungen liegen bisher darüber noch nicht vor, doch werden von zuständiger Stelle Mittheilungen weiter gegeben, die der Weideregierung zugegangen sind, für deren Wichtigkeit in allen Einzelheiten jedoch keine Verantwortang übernommen wird. Diese Berichte stimmen darin überein, daß wilde Verbände unter den verschiedensten Decknamen da und dort Uebungen veranstalten, und mit und ohne Maschinengewehre und Handgranaten sich zeitweise versammeln. Aus dem Tempelhofer See bei Berlin seien es kleinere Unternehmungen von 200 bis 250 Mann, im Alter von 20 bis 30 Jahren, Anhänger der kommunistischen Arbeitspartei, die unter einem regelrechten Kommando sich mit Handgranaten werfen übten. Es handle sich nicht um Organisationsübungen einer roten Kampftruppe, sondern um Uebungen kleineren Umfangs, die vielschicht durch die größere oder kleinere Mittheilbarkeit der einzelnen Mitglieder hervorgerufen seien, und wobei auch die Wichtigkeit der gemeinsamen eine Rolle spiele. Es bestehe keine ernsthafte Gefahr, Gruppentheorien dagegen nachrichten, wonach im Bereich des künftigen Gefekkommandos eine künftige Organisation der Unabhängigen unter den Decknamen von Einwohnerwehren in Trupps von 100 bis 200 Mann aufzetrete. Weitere Berichte weisen darauf hin, daß die Umrufen wegen des Zusammenrückens im Vorbeigehen die Lage besonders verschlechtert hätten. In den Betreffenden wurde dafür Stimmung gemacht, sich an einen Post liegen abzug rufen gefaßt zu lassen. Diese Bewegung greife bis weit in die Beamtenkreise hinein, und im Zusammenhang mit andern Dingen werde mit neuen Streiks gedroht, wenn die Uebungen auf Errichtung einer roten Armee, dessen Zweck so lägen wohl einzelne Beobachtungen vor, aber für einen Durch sei in der Arbeiterkass wenig Stimmung. Nach freiden Umrufen über Uebungen, im Fall militärischen Charakters, werde ohne Waffen, so daß man mit Gegenmaßnahmen nicht veranlaßt werden könnte. Der Verband reue sich allgemeiner Arbeitermangel. Die Führung eines Aufstandes sei augenblicklich nicht vorhanden. Aus Berna liegen voraus beruhigende Nachrichten vor. Positive Ermittlungen über den Besitz von Waffen hätten nicht angelieft werden können. Begründet würden diese Uebungen mit der angeblichen Putschgefahr von rechts. Dazu wird halbamtlich bemerkt, daß der Friedensvertrag irgendwelche Uebungen unternehm, und auch nur in engerem militärischen Charakter haben, sei es natürlich Pflicht der Ueberwachungs- und Exekutivorgane, solche gefährlichen Uebungen zu unterbinden. Kommen uns von Verband diese Uebungen als Betrugsmittel gewertet wurden. Dementsprechend werde auch die Uebung verfahren. In der Bewegung gegen den Streik, und schließlich nach berichtet, daß der Bergarbeiterverband einer Eingabe an das preussische Handelsministerium an die erste Sitzung der Bergarbeiter hingewiesen hat. Auf die Hanks in Dortmund sei gestern morgen aus Lieben Ansehen die Verleumdung nicht eingeleitet. Da sich auch Ernährungsverhältnisse im Ruhrbezirk weiter verschlechtert hätten, sei die Lage noch ungünstiger geworden. Die Arbeiter klagten über das schlechte Pech sowie darüber, daß sie hohen Marktpreis nicht erzielenden konnten. Eine hohe Anzahl Leute seien magentkrank geworden.

Zur deutschen Note
 23. Paris, 28. Juni. Aus Anlaß der Uebermittlung der neuen deutschen Note meint das „Journal“ der französischen Presse, es sei ein neues Beispiel der von Verlin durchgeführten Conträrrotationen gegen alle, was die Auslieferung des Verlanges und besonders die militärischen Maßnahmen betreffe. Der Fall sei am so charakteristisch, als er an die neutrale Zone Bezug habe, die Frankreich gewahrt zu sehen entschlossen sei. Die Deutschen dürften das Verhalten Frankfurt noch nicht vergessen haben. Eine Einzelheit bringe besonders hervor: Noch mehr als zwei Wochen sei es bis zu dem letzten Termin. Das sei viel mehr Zeit, als nötig sei, um zehn Bataillone, fünf Schwadronen und eine Batterie abzugeben und 5000 Mann unter den zahlreichsten Polizeibehörden zu finden, die auf der anderen Seite im Ueberflus vorhanden seien. Die einzige glaubwürdige Erklärung für diese Haltung sei der hartnäckige Widerstand allen Entwaffnungsversuchen gegenüber. Die in Boulogne vorbereiteten Notizen würden gerade zur rechten Zeit ankommen, um dem Ministerium Fehrenbach zu helfen und zu geben, daß die Geduld der Alliierten nicht erschöpft sei.

Die Kohlenförderung.

Amlich werden jetzt die Ergebnisse der deutschen Kohlenförderung von Januar bis April bekanntgegeben. Das ist ein erster Versuch, Klarheit über Umfang und Stärke der deutschen Wirtschaft zu gewinnen. Die nüchternen Zif-

leiten zeigen mehr als alle Worte, was fehlt. Sie betonen aber auch dem Zielverband, daß die Kohlen, die Deutschland aufgesetzt werden sollen, ihre Grenze finden in dem, was wir tatsächlich zu leisten vermögen. Infolge, daß werden in den ersten vier Monaten 1920 rund 40,7 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert. Bleibt die Förderung für das ganze Jahr gleichmäßig, so werden wir mit einer Gesamtförderung von 120 Millionen Tonnen zu rechnen haben. Das sind nun fast 70 Millionen Tonnen weniger, als 1919 gefördert wurden. Dabei kommt in Betracht, daß wir an den Zielverband vorweg vierzig Millionen Tonnen liefern sollen. So bleiben uns also für den eigenen Bedarf nur noch achtzig Millionen Tonnen. Da für den Eisenbahnverkehr allein dreißig bis vierzig Millionen Tonnen abzurechnen sind, stünden für die Industrie und Handel nur noch vierzig Millionen Tonnen zur Verfügung. Allerdings greift hier die Braunkohlenförderung als Ersatz ein. Sie betrug in den ersten vier Monaten 1920 rund 84 Millionen Tonnen. Das ist um fast sechs Millionen Tonnen mehr als in der gleichen Zeit 1919.

Allein die Kunkelohle ist kein vollwertiger Ersatz für die Steinkohle, jedoch die Wehrförderung, nicht eine unbegrenzte Stärkung unserer wirtschaftlichen Kraft bedeutet. Dazu kommt, daß für Ausfuhrzwecke nur die Steinkohle benutzt werden kann, die wir von dem Rest von vierzig Millionen abgeben müssen, der noch für die Versorgung der Industrie und der Bevölkerung bleibt. Hier offenbart sich uns die industriell-wirtschaftliche Krise in ganzer Schärfe. Wohl wir das gewaltige Kohlengestänge der deutschen Wirtschaftsmaschine wieder in Gang bringen, so bedarf es reichlicher Spelzung mit Kohlen. Die Erzeugung von Eisen und Stahl ist davon ebenso abhängig, wie die Herstellung von Holzwaren und Ziegelsteinen für den Baummarkt. Wie müssen aus Erfahrung, wie groß die Kohlennot bei uns ist. Die Lieferungen an den Verband haben wir bis jetzt nur auf Kosten des dringendsten Bedarfses der deutschen Industrie leisten können. Es geht aber auch die Dauer nicht an, daß große Werke von Zeit zu Zeit still liegen, weil der Kohlenvorrat erschöpft ist. Heute verlanget überdies schon, daß die Eisenbahnen im Herbst abermals für längere Zeit den Personenverkehr einstellen sollen.

Das Bedenkliche ist indessen, daß die in den ersten vier Monaten 1920 geleistete Kohlenförderung auch das oberflächliche Gebiet umfaßt. Gelangt es den Festsetzungen der Konvention unterworfenen Polen, Oberflächien vom Reich zu trennen, so sinkt unsere Kohlenförderung automatisch um mehr als ein Drittel. Es kann dann keine Rede mehr von sein, die vertragsgemäßen Kohlenlieferungen an Frankreich, Belgien und Italien aufrechtzuerhalten. Nur zwei Möglichkeiten bleiben dann übrig: entweder mag der Bund auf die deutschen Kohlenlieferungen verzichten oder muß sich damit abfinden, daß die deutsche Wirtschaft schlechter wird, also auch irgend welche Entschädigungen zu mehr zu leisten vermag. Das ist einzig und allein der Wert des Versailler Vertrages, der die geschlossene Wirtschaftseinheit Deutschlands in Geltung bringen sollte, ohne für Gleichverträge an die Stelle zu setzen. Polen wird die geschlossene Kohlenförderung nicht auf der bisher erhaltenen Höhe der Entwicklung halten können, zumal Oberflächien verkehrspolitisch dann nahezu abgeschnitten sein werden. Die Biffern der deutschen Kohlenförderung summieren bis jetzt zum Beginn der Konventionen in Spa und Brüssel. Hier kann immerhin noch viel, wenn auch nicht der Unheil von Europa abgekehrt werden.

11. Juni. In der vor kurzem vom Kriegs-
ausschuß der deutschen Meedereien und dem Kriegsausschuß der
deutschen Werften an das Reichswirtschaftsministerium und an
den Reichsausschuß für den Wiederaufbau der deutschen Handels-
flotte gerichteten, Dringung hat das Schiffbauamt folgende
Erwägungen auf das uns lediglich durch Zeitungsverhältnisse
bekanntgewordene, von Seiten der Kriegsausschüsse deutscher
Meedereien und Werften an Sie gerichtete Telegramm müssen
entgegen der darin aufgestellten Behauptung, daß die deutschen
Werften zurzeit nur 6000 Tonnen Baumaterial monatlich er-
halten, dagegen im Mai und Juni 1856 6000 Tonnen Schiffbau-
material eingeführt worden wären, wie hiermit nachweisen, daß
im Monat Mai die deutschen Schiffswerften allein nur 8000
Tonnen Baumaterial erhalten haben, und daß im selben
Monat nur 8000 Tonnen, aber nicht 18500 Tonnen Schiffbau-
material durch uns eingeführt worden sind. Die Befande-
nisse für Juni sind noch gänzlich unbekannt; aber die
bisherige Juniabfahrt war jedenfalls geringer als die Aus-
fuhr im Mai. Den Werften wurde im Anschluß zu mündliche
Erklärungen bereits telegraphisch und schriftlich am 8. Juni
mitgeteilt, daß infolge des wegen des Rohstoffmangels entstan-
denen Stillstandes vieler Holzwerke und infolge anderer be-
kannter Umstände die deutsche Großschiffverfertigung gegen-
über derjenigen der Friedenszeit auf die Hälfte zurückgegangen
ist, und daß es deshalb ausgeschlossen sei, den deutschen Werften
und andern Schiffbauern mehr als die Hälfte des früheren
im Frieden gefertigten Mengen zuzulassen. Auch die Aus-
landslieferungen sind entsprechend der Erzeugungseinschränkung
decret zurückgegangen; das eine weitere Herabminderung mit
Rücksicht auf den nur mäßigen Bedarf der ausländischen
Eisenbahn nicht mehr angänglich ist. Trotz des Erzeugungs-
rückganges verlangen die Werften nunmehr das Doppelte ihres
gewöhnlichen Jahresbedarfs an der Friedenszeit an neuen
Schiffen, weil Aufträge für die Deckung ihrer überhöhten
müßig gehaltenen Forderungen nicht gegeben werden. Weiter-
gehende Aufträge konnten wir aber unersättlich nicht beantworten,
da sonst die Deckung des nicht minder dringenden Bedarfs
für den Eisenbahn und Bergbau und andere Lebensbedürfnisse
Industrien in Frage gestellt wird. Wir müssen jedenfalls
entschieden Einspruch erheben gegen die in dem vorerwähnten

Telegramm enthaltenen öffentlich unrichtigen und die öffentliche Meinung irreleitenden Angaben, von denen wir nicht bekannt ist, woher sie stammen.

Die Schuldeputationen in Preußen. Der vergrößerte Unterrichtsausschuß der preussischen Landesversammlung brachte heute die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Zusammenfassung der Schuldeputationen, Schulkommissionen u.s.w. zu Ende. Der Entwurf wurde nunmehr einstimmig von allen Parteien angenommen. Die Geistlichen haben nach dem inwärtigen eingegangenen Rechtsgutachten des Reichsjustizministeriums weiterhin Antheil an den Schuldeputationen. Das Reichsgutachten verlangt, daß die Sperrparagrapheu der Reichsverfassung auch auf die preussische Gesetz über die Schuldeputationen Anwendung finden sollen. Die wesentliche Aenderung, die das Gesetz durch die Ausschussberatungen erfahren hat, ist die, daß in den Schuldeputationen, Schulkommissionen und Schulvorständen die Lehrer und Laien größeren Einfluß erhalten sollen. Infolge der zahlreichen textlichen Aenderungen, die der Entwurf an dem Gesetz vornimmt, ist eine vollst. Reformulirung des Gesetzes notwendig geworden, die die Regierung in den nächsten Tagen vornehmen wird. Am 5. Juli soll dieser neue Text vorliegen; also am 10. soll der Aussch. eine zweite Sitzung vornehmen und bis zum 12. Juli die Vorlage verhandelt sein für das Ministerium.

2) Gegen den Papierpreisanwuchs. Dr. Schlönbauer, von der bayerischen Volkspartei, schreibt im Bayerischen Kurier: Wann einigen sich englisch die deutschen Zeitungsverleger und deren Arbeiter zu nemnem Widerstand gegen den Papierpreisanwuchs? Ich sage Verleger und Arbeiter, denn auch die Erziehung der Arbeiter der Zeitungsverlage steht auf dem Spiel. Ich bin gern bereit, eine gemeinsame Action führend in die Hand zu nehmen, wenn ich sehe, daß die Verleger sich wirklich anschließen. Heute oder morgen! Zahlreiche Zusammenkünfte der Zeitungen stehen vor der Thür. Für Verleger und deren Angestellte und Arbeiter ist es höchste Zeit, zu handeln.

Sächsischer Elektrifizierungsplan. Im Interesse einer umfassenden Elektrizitätsbelieferung sollen auch Aufkündigung des sächsischen Staatsministers zunächst weitere 50 Millionen Mark im außerordentlichen sächsischen Haushaltsetat angefordert werden für den Ausbau von Braunkohlenwerken. Damit wird aber gleichzeitig bezweckt die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandbriketten und produktive Kraftansarbeiten. Infolge des starken Vordringens seiner Industrie hat Sachsen 25,9 v. H. der deutschen Erwerbslosen zu unterstützen, während sein Anteil an der Bevölkerung des Deutschen Reiches nur 7,78 v. H. beträgt. Ausbesondere handelt es sich jetzt um die großen staatlichen Braunkohlenlager in der Gegend von Zschillen bei Leipzig, die aufgeschloffen werden sollen. Den Anlagen werden in Kürze aber auch Vorlagen zugehen gegen weiterer Verwirklichung der staatlichen Kohlewerte als allgemeinen. Die günstige Entwicklung des staatl. Elektrizitätsunternehmens hat die sächsische Regierung ermutigt, den Ausbau der neuen großen Anlagen zur Erzeugung und Fortleitung des Stroms über das ganze Land ins Auge zu fassen.

Die Hiesigen Danziger. Am Freitag sind die Danziger Hafenarbeiter, zusammen etwa 2000 Mann, in den Streik getreten. Die Ursache ist die Festnahme eines Streikführers, der im Hafen gestrichen hat, durch einen Sicherheitspolizisten. Die Arbeiter protestierten die Zurückführung der Sicherheitspolizei aus dem Hafen, was von der Behörde abgelehnt wurde. Die Arbeiterschaft verlangt, der Polizeidienst im Hafengebiet von Schutzmannschaft und Bürgerwehr ausgeübt werde. Besonders wird durch den Streik die Versorgung Polens in Mitteleuropa gezogen. Lebensmittellieferung Danzigs wird in keiner Weise durch den Ausstand berührt. Eine längere Dauer des Streiks könnte bei der Rohstoff-, Kohlen- und Warenversorgung Danzigs zu unfliehenden Betriebsstörungen führen, muß bei den hohen Frachten und Neuzugeln eine erhebliche Verteuerung der im Hafen liegenden Güter zur Folge haben. Heute fand eine nochmalige Versammlung der Hafenarbeiter in Preßen statt. Am Vortage trat die Arbeiterschaft der Danziger Metallindustrie nahm die Arbeiterschaft den Streikspruch des Schlichtungsausschusses an, durch die Stundenlöhne für die Arbeiter der Werkschicht und Arbeiter schließend wurden. Von den Arbeitgebern ist bis jetzt bekannt, daß Streik abgelehnt hat.

Die der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen, Berlin RSB, Puffenstraße 31 b, am hiesigen Postamt erfahren hat, wird vom 1. August 1920 an allen Hinterbliebenen der Unterlassen eine erhebliche Aufbesserung ihrer Bezüge zuteil werden. Es sollten ihnen nämlich von diesem Zeitpunkt an jene Bezüge ausgezahlt werden, welche nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz einer erwerbsfähigen Witwe ohne eigene Einkommenszusage zueben. Eine Witwe ohne Kinder wird also vom 1. August ab etwa 140 M. eine Witwe mit einem Kind etwa 210 M. monatlich erhalten usw. Die nach dem neuen Gesetz noch fehlenden Beträge, welche z. B. bei erwerbsunfähigen Witwen sehr ins Gewicht fallen, werden den Hinterbliebenen nachgezahlt, sobald ihre endgültige Rentenfestsetzung erfolgt ist. Ueber das neue Reichsversorgungsgesetz unterrichten sich Interessenten zweckmäßig durch den Wegweiser durch das neue Reichsversorgungsgesetz nach Rentenabelle, welcher bei der Reichsdruckerei des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen, Berlin RSB, Puffenstraße 31 b, zum Preis von 1,50 M. ausschließlich Porto und Verpackung zu beziehen ist. Der

Neues aus aller Welt.

Sensationsmeldungen. Nach einer Meldung aus dem Zentrum bei Battenfeld große Sensationsmeldungen aufgedeckt worden. Eine Anzahl Beamte, die in höheren Stellungen, wurden verhaftet. Einer der Beteiligten hat sich das Leben genommen.
Berlindiebe. Die Berliner Polizei verhaftete vier Diebstahlsverdächtige, die einem Juwelienhändler in Berlin, die aus dem Diebstahl bei der Ueberredung des damaligen Reichspräsidenten in Berlin, Prinzen Heinrich, herrührten, zu Verhaftung anboten.
Ein seltsamer Selbstmord. In Partentischen starb ein 17-jähriges einheimisches Mädchen mit verdächtigem Aussehen von der eisenen Brücke der Partnachklamm, die 90 Meter tiefer, dahindraufende Partnach, wo sie in dem Felsen zerbrach.
Auf offener Straße erschossen. Auf offener Straße wurde in Reichenberg bei Mittau ein Polizist niedergeschossen, als er einen Unbekannten, der gefesselte Wäsche verkaufte, festnehmen wollte. Der Verbrecher, der entkommen ist, feuerte zwei Schüsse gegen den Beamten, der kaum am Leben bleiben dürfte.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

1. Attenhausen, 28. Juni. Im Schutzbunde Attenhausen ist Herr Lehrer Ferdinand Quirnbach vom 1. Juni ab abgetreten.
2. Montabaur, 28. Juni. Man teilt uns mit, daß die letzte Domänenrentmeisterstelle besteht, von einem Inhaber dieser Stelle kann also keine Rede sein.
3. Wiesbaden, 25. Juni. In der außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung wurde in der Generalbesprechung des Monats eingetreten. Die Lage der städtischen Finanzen ist ungünstig. Nicht nur, daß zur Deckung des Defizits von 2 Millionen durchschnitten jede Familie mit 1500 Mark Steuer und Abgaben belastet werden muß, trotzdem in diesem Jahr noch das Reich an Zuschuß von 25 v. H. zu der Deputierten des Vorjahres zugesprochen hat, in der Folge wird nach neuen Belastungen der Bürgerpflicht gesucht werden müssen. Zweimal kam es im Laufe der Verhandlungen zu einem Tumult, als a. als ein Stadtverordneter von der letzten erklärte, daß nicht der Krieg, sondern die Miswirtschaft nach dem Kriege eingeleitet habe, diese verwerfliche Lage des Reiches, des Staates und der Gemeinden verschuldet habe. Der Vize, der bei diesen Worten auf der Bank losbrach, wachte minutenlang.
4. Frankfurt, 28. Juni. Von der Universität. Die jüngste Lage der Universität hat sich, da der Staat einen unbilligen Beschluß über die Unterstützung dieser Hochschule immer wieder hinaus geschoben hat, weiter zu verschlechtern. Die Universität ist nicht mehr in der Lage, die Kommenden zu erhalten. In diesem Jahre hat der Vizepräsident bereits eine Anzahl wertvoller Lehrkräfte verloren und weitere Verluste stehen unmittelbar bevor. Die Verunsicherung ausländischer Professoren steht auf wackeligen Füßen. Die Universität hat keine feste finanzielle Stellung mit dem schwebenden Vorhaben, keine feste finanzielle Lage zu erreichen. Die Universität hat sich aufzulösen, wenn ihr nicht in den nächsten Tagen die Stadt mit einer weiteren Unterstützung möglichst bald folgt.
5. Mainz, 25. Juni. Der städtische Haushaltsplan schließt mit einem Defizit von 32 315 000 Mark ab. Da die Stadt in der Lage ist, diese gewaltige Summe aus eigenen Mitteln und neuen Steuerquellen zu decken, wird sie sich an das Reich bezogen, an den heftigsten Staat um Bewilligung einer besonderen Unterstützung wenden.

Aus dem Unterlahnreise.

1. Rentenzahlung am 1. Juli 1920. Die Zulagen für die Rentenempfänger sind vom 1. Juli 1920 ab erhöht. Es erhalten die Invaliden (A) Alters (B) oder Krankrenten (C) monatlich 30 Mark (früher 20 Mark) Zulage, die Witwen (D) und Witwenrentenrenten (E) 15 Mark (früher 10 Mark) Zulage. Die Rentenempfänger (F), die keine Witwenrentenrenten beziehen, erhalten monatlich 10 Mark; aber nach Eingang besonderer Zahlungsanweisungen. Die Bezüge werden dann nachgeholt. Die Zulagen von 30 Mark und 15 Mark monatlich werden den berechtigten Rentenempfängern vom 1. Juli 1920 an ohne Unterschied gezahlt, den bisherigen Zulagen von 20 Mark und 10 Mark monatlich bis 31. Dezember 1920 und vom 1. Januar 1921 an auf keine Zulagen mehr Anspruch haben, unter dem Vorbehalt späterer Wiedererhöhung durch Einbeziehung von den laufenden Zulagen. Rentenempfänger, die hiernach auf die erhöhte Rente einen Anspruch haben, wollen die bisherige Zulage abgeben.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Heimgekehrte. Nach 5 1/2-jähriger Gefangenschaft ist der Weingärtner Josef Bodin in die Heimat zurückgekehrt. Desgleichen ist der seit November 1914 in Rußland gefangene Emil Marx gestern heimgekehrt.
Personalien. Der Student der juristischen Fakultät und Praxen Herr Böhm wurde zum Obersten Bediensteten ernannt.
Solbadur. Eine neue Solbadur für zurückgebliebene und kranke Kinder bemittelt und unermittelt. Deren Beginn Anfang Juli. Die Untersuchungen der Kinder werden täglich von 1 bis 2 Uhr von Herrn San.-Rat Müller im Solbadurheim vorgenommen.
Kammermusik-Abend. Wegen Erkrankung fällt die Kammermusik-Abend. Statt dessen werden im Kurpark bekannte Mitglieder des städtischen Musikorchesters Werke von Mozart, Schubert, und Beethoven zu Gehör bringen.
Einquartierungsamt. Die Ortskommandantur hat bestimmt, daß sämtliche Quartierbillets für den Monat Juni 1920 bis zum 30. d. Mts. von den Vermietern an das Bürgermeisterei abgegeben werden müssen. Das Bürgermeisterei stellt den Vermietern neue Quartierbillets aus und darf nur Quartierbillets annehmen, wenn auf diesen das Enddatum der Belegung oder das Datum des letzten Tages des Monats angegeben ist. Quartierbillets, die nicht bis zum 30. Juni abgegeben sind, dürfen nicht mehr ausbezahlt werden. Außer den Quartierbillets sind auch die Wochenmeldungen abzugeben.
Nachsteuer. Die Erhebung des nachträglich beschlossenen Nachsteuers von 100 Prozent zur Einkommensteuer muß bis Ende Juni beendet sein. Die Stadtkasse bittet um und zehende Zahlung der noch ausstehenden Beträge. Zu Beginn des Monats Juli muß das Mahnverfahren eingeleitet werden, weil der Rückzahlungs nicht mehr verschoben werden kann.
Der Beamtenverein hielt am Samstag seine diesjährige Hauptversammlung im „Rheinischen Hof“. Der Vorstand erstattete den Jahresbericht und den Kassenbericht. Sodann

wurde die Vorstandsergänzungswahl vorgenommen. Als 1. Vorsitzender wurde Eisenbahnassistent Major, als 2. Vorsitzender Studienassessor Henke, als Kassierer Oberpostassistent Schüller, als Beisitzer Postassistent Langeberg gewählt. Der Verein will im Interesse seiner zahlreichen Mitglieder im laufenden Jahre eine rege Tätigkeit aufnehmen, und wird seinen Aufgaben gegenüber der Beamtenchaft immer wirksamer gerecht zu werden streben. Es wurde die Eingabe einer Denkschrift an das Ministerium beschlossen, welche eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Bad Ems Beamten und Angestellten bezweckt. Der 1. Vorsitzende sprach zum Schluß dem langjährigen treuen Arbeit am Verein den Dank aus. In Zukunft möchte der Beamtenverein in freundschaftlichem Verhältnis zu anderen Berufsständigen Wirtschaften und Interessengruppen Beamten und Angestellten jeder Gattung und Beschäftigung zu engem und arbeitserfreulichem Zusammenhalt führen.

Aus Nassau und Umgegend.

1. Bürgermeister Hasenclever, der vor einiger Zeit sein Amt kündigte, wurde in der letzten Sitzung der Stadtverordneten gebeten, die Kündigung zurückzunehmen. Eine Denkschrift mit 413 Unterschriften in demselben Sinne lag ebenfalls vor. Leider waren die Bemühungen vergeblich. Unter Stadtschreibe erklärte, daß es ihm nicht möglich sei, das Postkassen von seiner ihm liegenden Stellung fallen zu lassen. Für die erste Sitzung der Kommission zur Behebung der Bürgermeisterstelle wurden gewählt: Stadtverordneter v. Medenbach, Dr. Kallies, Kallies und Busch.

Aus Diez und Umgegend.

1. Die Flugbadanstalt bleibt bis einschließlich Montag, den 12. Juli geschlossen.
2. Gewerbe-Rat. Auf die heute Montagabend im Hof von Holland stattfindende General-Versammlung wird wegen der besonders wichtigen Tagesordnung nochmals hingewiesen.
3. Verkehrs- u. Verschönerungsverein für Diez und Umgegend. In der vorgestern (Donnerstag) abends im Hotel „Hof von Holland“ stattgefundenen Versammlung hat sich der erste Vorsitzende des Vereins, Herr Steuerinspektor Jüchert, verabschiedet, indem derselbe den Anwesenden mitteilte, daß er Ende dieses Monats Diez verlassen würde, um zu seinen Angehörigen nach Elbe zu ziehen. Herr Jüchert gab dem Wunsch Ausdruck, daß der Verein unter dem durch seinen Weggang nun zu wählenden neuen Vorsitzenden wachsen, blühen und gedeihen möge. Nachdem ergriff der zweite Vorsitzende des Vereins, Herr Carl Thomas zu längerer Ausführungen das Wort, schilderte die großen Verdienste, welche Herr Jüchert sich um den Verein, dessen Vorsitzender er seit Bestehen gewesen und zwar zuerst des Tannus-Klub, Vorstandsmitglied, welcher dann später mit dem Hauptverein in den Verkehrs- und Verschönerungsverein umgewandelt worden ist, erworben hat und überreichte demselben als äußeres Zeichen der Dankbarkeit und Verehrung des Vereins eine Radierung von unserm städtischen Ratschef in einem geschmackvollen Rahmen mit entsprechender Widmung versehen. Herr Jüchert war über diese Ehrung höchlich erfreut, übertrug aber den ihm ausgesprochenen Dank auf all diejenigen, welche ihm stets hilfreich zur Seite gestanden und versprochen dem ihm lieb gewordenen Verein stets ein treues Gedächtnis bewahren zu wollen. Es war eine einfache, aber eindrucksvolle Abschiedsfeier, welche allen, welche derselben beigewohnt lange in angenehmer Erinnerung bleiben wird. Rüge der Verein recht bald einen unschätzbaren, tüchtigen ersten Vorsitzenden finden, damit solcher auch in der Zukunft zum Wohle unserer Stadt und deren Umgebung arbeiten kann.

4. Nacht, 28. Juni. Eine ergreifend schöne Gedächtnisfeier veranstalteten Schülerinnen der städtischen höheren Mädchenschule von Diez ihrer verstorbenen Amme, die Emma Schöber. Unter Führung ihrer Lehrerin pilgerten sie an das Grab, da sie seinerzeit wegen der Vertretungswierigkeiten an der Beerdigung nicht hatten teilnehmen können. Einige ernste Gesänge weihen sie dem Gedächtnis der früh Verstorbenen und legten auf dem Grabe Blumen und Kränze nieder.

Rechte Nachrichten.

Eigener Drahtnachrichtendienst der „Diez und Emser Zeitung“.
Die Selbsthilfe in Mainz.

1. Mainz, 27. Juni. Die Bewegung zur Erzielung des Preisabbaues wurde am Samstag fortgesetzt, beschränkte sich aber nicht nur auf Lebensmittel, sondern dehnte sich auch auf andere Artikel aus. Ob es war natürlich infolge der Vorfälle vom Freitag keines am Markt. Wo es in den Läden noch vorhanden war, mußte es auf Veranlassung der zahlreichen umherziehenden kontrollierenden Arbeitertruppen zu billigen Preisen hergegeben werden. Als Obst und Gemüse ausverkauft waren, wurden Spezereischäfte aufgeführt und die Waren, da wo nicht gütwillig die Preise ganz gewaltig herabgesetzt worden waren, zwangsweise an die unter diesen Umständen natürlich konstante Menge ausverkauft. Vier durchschnittlich zu 80 Pf. (bisheriger Regelpreis ca. 2 Mark). Schmalz zu 8 Mark (18 bis 20 Mark), Rüböl 2 Mark, (10–12 Mark), Hartseife ca. 7 Mark, (30 Mark). Auch Schuhgeschäfte wurden zu Zwangsverkäufen genötigt und mußten das Schuhwerk ohne Unterschied der Qualität zu 50 Mark für Damenschuhe und 70–75 Mark für Herrenschuhe ausverkaufen. Unter diesen Umständen waren die Bestände in kürzester Frist geräumt. Diese Zwangsverkäufe gingen unter Kontrolle von Polizeibeamten vor sich. Die Stimmung in der Stadt war noch immer erregt und in Versammlungen wurde ein ungünstiger allgemeiner Preisabbau für alle Artikel auf das niedrigste Maß verlangt, gleichzeitig aber das Publikum zur Ruhe und Ordnung aufgefordert. Da Maßnahmen vorgeschlagen werden würden, um diese Preisfeste in kürzester Zeit zu erzielen. — Aus Wiesbaden wird berichtet, daß auch dort infolge eines sanften Druckes die Obstpreise ganz erheblich zurückgegangen sind. Vier mußten auch hier von den Geschäften zu 80 Pfennig der Stück verkauft werden. Von einer ähnlichen Aktion wird auch aus Höchst berichtet.
Der Mainzer Bürgermeister gegen die Selbsthilfe.

2. Mainz, 28. Juni. Eine öffentliche Bekanntmachung des Oberbürgermeisters verurteilt die Selbsthilfe, die zur Herabsetzung der Preise in den von der Arbeiterchaft selbst vorgenommenen Zwangsverkäufen in den Geschäften ihren Ausdruck gefunden habe. Sie warnt vor einer Fortsetzung derartiger Ausschreitungen und kündigt an, daß die Behörden selbst die nötigen Maßnahmen

zur Preisfeste ergreifen würden, sobald die im Gange befindlichen Verhandlungen abgeschlossen seien.

Dr. v. Holtum noch nicht freigelassen.

3. Marienwerder, 28. Juni. Die Reichsdeputationszentrale in Marienwerder meldet: Der Reichsbevollmächtigte für das westpreussische Abstammungsgebiet, Graf Paul von Hatzfeld, hat heute der interalliierten Kommission den formellen Antrag überreicht, daß die interalliierte Kommission alsbald nochmals bei der Warschauer Regierung nachdrücklich dahin wirken möge, dem seinerzeit gegebenen Freilassungsbeehl betreffend Dr. von Holtum umgehend Geltung zu verschaffen. Der Reichsbevollmächtigte betonte dabei, daß die Stimmung der deutschen Bevölkerung innerhalb und außerhalb des Abstammungsgebietes über die Verzögerung der Freilassung Holtums in wachsendem Maße erregt sei, und nur eine alsbaldige Freilassung die notwendige Beruhigung herbeiführen könne. Der Präsident der interalliierten Kommission, Pavia, erklärte, daß er bereits heute vormittag dem italienischen Gesandten in Warschau einen ähnlichen Auftrag übermittelt habe, und daß er den Protest des Reichsbevollmächtigten unmittelbar nach Warschau übermitteln werde.

Die Köln-Vollstz. auf breiterer Grundlage.

4. Köln, 28. Juni. Die Köln-Vollstz. teilt mit, daß sie ab 1. Juli in eine G. m. b. H. umgewandelt wird, um auf eine breitere und tragfähigere wirtschaftliche Grundlage gestellt zu werden. Das Blatt behält seinen bisherigen Charakter als katholisches Blatt und Zentrumsblick bei.

Gegen die Kohlenlieferungen an Ungarn und Polen.

5. Berlin, 28. Juni. Nach einer Breslauer Meldung der Voss. Ztg. bringt der Gleiwitzer Volksklub einen Aufruf der Mehrheitsfraktion gegen die Kohlenlieferungen an Ungarn und Polen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müßten diese verhindern, da sie zur Herstellung von Kriegswerkzeugen gegen ihre Kleingegenossen und gegen Deutschland dienen sollten.

Aus der Kammer.

6. Paris, 28. Juni. Die Kammer setzte die Diskussion des Budgets des Auswärtigen fort. Die Kredite für den Völkerbund wurden in Höhe von 763 Millionen Franken angenommen. Millerand bemerkte dazu, daß die Regierung ihr Möglichstes tue, damit der Völkerbund so rasch wie möglich in Aktion treten könne.

Die Alandfrage.

7. Stockholm, 28. Juni. Eine amtliche schwedische Mitteilung besagt, daß die schwedische Regierung die Alandfrage auf Eruchen Großbritanniens und anderer Mächte dem Völkerbund unterbreiten werde.

Vom Büchertisch.

Waldgeschichten.

In der Elwertischen Verlagsbuchhandlung in Marburg ist ein Bändchen „Erzählungen und Skizzen“ erschienen, die den fächlichen Sammelnamen „Waldgeschichten“ führen. Der Verfasser sollte aus Nassau nicht fremd sein. Er ist ein Landsmann, und zwar einer, auf den wir stolz sein dürfen. Seine Name ist Walter Schwetters. Weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus ist sein Ruf gedrungen, viel Anerkennung ist von bezauberter Seite seinem Schaffen gezollt worden. Walter Schwetters ist in Oberlahnstein geboren, hat aber, wie er selbst sagt, seine „allerhöchsten Jugendjahre“ zusammen mit seinen Geschwister, den Förstern und -mädels im Lahnsteiner Forsthaus auf der Höhe verbracht. Der heimatische Wald schaut ihm beim Schreiben immer über die Schultern zu, er ist beinahe ein Stück von ihm selber geworden. Was schreibt unser Landsmann denn? Geschichten, Waldgeschichten, Jugenderinnerungen aus jener längst entschwundenen Zeit. Das steht da so schlicht-natürlich, so anspruchslos, ohne Pomp und Phrasen, und es steht doch ein ganzer wirklicher Dichter dahinter. Was der Dichter erlebt hat, haben wir in dieser Form alle erlebt. Aber wie er es sieht und beschreibt, das macht den Wert seiner Geschichten aus. Das ist wahre Kunst, die im Kleinen das Große entdeckt, die auch vor dem anscheinend Unschönen im Wunderreichen der Natur stehen bleibt und die großen Zusammenhänge ergründet. Es wird nicht philosophiert in dem kleinen Bändchen, aber eine gesunde Lebensphilosophie spricht doch daraus, die Freude am Leben und allem, was zum Leben ein gläubiges Ja sagt, die kindliche Unbefangenheit, der das nil admirari noch fremd ist und auch ewig fremd bleiben wird, die Liebe zur engeren und weiteren Heimat, aus der vor allen Dingen der Dichter seine beste Kraft schöpft. Und dann der liebe leichte selbstbewußte humoristische Plauderton, der so natürlich und überaus wirkend wirkt, daß man dem Dichter Aug' in Aug' gegenüberzuwinken und ihn in eigener Person zu hören glaubt. Der Wald, der liebe heimatische Wald ist immer dabei, ist ungetrennt mit den Geschichten des Dichters verbunden. Das weht einem wie frischer, würziger Wald- und Erdenhauch entgegen, und nirgends verliert der Erzähler den Boden unter den Füßen. Damit soll nicht gesagt sein, daß er sich in naturalistischen Schilderungen ergeht; im Gegenteil: ein zarter düfter Hauch, ein lyrischer Stimmungszauber liegt auf dem schlichten Worten, und das gerade gibt der Erzählungskunst Walter Schwetters das eigentümlich Anheimelnde, das macht den Autor zum Volksschriftsteller im besten Wortsinne.

Heimatkunst zu fördern und zu pflegen ist ein vernünftiger Beruf. Hören wir auf diejenigen, denen ein Gott gab, Höflichkeit und Tiefstes mit Seherblick zu schauen und dem Wort und Gestalt zu geben, was uns alle in tiefer Seele bewegt. Der Dichter will nicht angefaßt und bewundert, er will gelesen sein. So erweisen wir uns und ihm den besten Dienst.

Die Wohnungsnot hat ein Ende

Wenn Wohnhäuser in AMBI-Maffid errichtet werden, wie dies in immer steigendem Maße lange im ganzen Reich geschieht, AMBI-Steine (D. R. P. und Weltpatente) können von jedermann in einfacher Weise auch unmittelpbar an der Baustelle aus überall dort vorhandenen Rohstoffen (Kies-Sand, Kalk-Erdbeine, etc.) durch Stampfen in den AMBI-Formen hergestellt werden. Große Erdarbeiten! Erbiten Sie die Druckschriften der Firma AMBI-Werke, Abt. II/3, 11, Berlin-Johannisthal.

